

|   |  |   |  |
|---|--|---|--|
|  |  | <b>Niederschrift<br/>über die<br/>öffentliche Sitzung<br/>des Gemeinderates</b> |  |
| Verhandelt<br>am:<br>24.09.2013   | Vorsitzender:<br>Bürgermeister Godel   | Anwesend: 16<br>Normalzahl: 19  | §:<br>51 Ö   |
| Verwaltung:<br><br>Schriftführer(in):   | stv. Kämmererleiter Schnabel<br>Hauptamtsleiterin Breitenöder<br>stv. Hauptamtsleiterin Klein<br>Geschäftsstelle Gemeinderat Döz<br>Verwaltungspraktikantin Burk |   | Ferner anwesend:   |
| Aktenzeichen:<br>022.3;<br>112.23;<br>103.56                                      | <input checked="" type="checkbox"/> Regist-<br>ratur<br><input type="checkbox"/> LRA   | <input type="checkbox"/> Bauakte<br><input type="checkbox"/> Baurechtsamt       | <input type="checkbox"/> Rech-<br>nungsakte<br><input type="checkbox"/> Stadtent-<br>wick-<br>lungsamt<br><input type="checkbox"/> Perso-<br>nalakte<br><input type="checkbox"/> |

## Anfragen und Verschiedenes

### Verkehrssituation in der Neckarstraße

Gemeinderätin Betsch erkundigt sich nach der Verkehrssituation in der Neckarstraße. Sie sagt, dass Anwohner auf sie zugekommen seien und sich über das hohe Verkehrsaufkommen beklagt hätten. Sie teilten mit, dass die Neckarstraße immer häufiger als Abkürzung genutzt werde.

Gemeinderätin Betsch möchte wissen, ob es möglich wäre die Neckarstraße als Anliegerstraße auszuweisen.

Der Vorsitzende sagt, dass man dies bereits mit der Straßenverkehrsbehörde geklärt habe und es nicht möglich sei, die Neckarstraße als Anliegerstraße auszuweisen. Er erklärt, dass von der Situation auch noch andere Straßen betroffen wären und verweist auf die Sitzung im Juni, in der die Verwaltung die Auswertung der Verkehrsmessungen vorgestellt habe.

Gemeinderätin Buchgraber-Musch fragt an, ob es möglich wäre die Neckarstraße mit Bodenschwellen auszustatten.

Stellvertretende Hauptamtsleiterin Klein sagt, dass dies aus Haftungsgründen nicht möglich sei.

Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis.

### Syrien Flüchtlinge

Gemeinderätin Schöbinger möchte wissen, ob die Gemeinde Flüchtlinge aus Syrien unterbringen müsse.

Stellvertretende Hauptamtsleiterin Klein führt aus, dass es sich bei den Flüchtlingen nicht um Asylbewerber handle und für die Unterbringung der Landkreis zuständig sei.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.